# Notwendig: Aufwertung der Physiotherapie

*Erschienen am 01.08.2016*

Eine Woche nach dem Treffen mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Michalk, war der IFK erneut auf dem Berliner Parkett unterwegs. Im Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Lutz Stroppe, und dem Leiter des BMG-Referats Heilmittelversorgung, Andreas Brandhorst, konnten die IFK-Vorstandsvorsitzende Ute Repschläger und der stellvertretende IFK-Geschäftsführer Dr. Björn Pfadenhauer die Branchenprobleme in der Physiotherapie anbringen und ihre Sicht auf die geplanten Maßnahmen im Zuge des Heil- und Hilfsmittelversorgungsstärkungsgesetzes (HHVG) ausführlich darlegen.

Staatssekretär Stroppe machte gegenüber den Verbandsvertretern die Sicht des Ministeriums und der Bundesregierung deutlich und sprach sich insbesondere für die Notwendigkeit verkürzter Schiedsverfahren bei gescheiterten Kassenverhandlungen aus. Er betonte zudem die Notwendigkeit einer Aufwertung des Berufs der Physiotherapeuten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Patientenversorgung auch langfristig gewährleisten zu können. Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen von Therapeuten, Ärzten, Krankenkassen, Patientenvertretern und weiteren Beteiligten, die es allesamt zu berücksichtigen gelte, sei diesbezüglich bislang noch keine finale Entscheidung getroffen worden.

Im Zuge des derzeitigen Gesetzgebungsverfahrens zum HHVG könnten für die Physiotherapie wichtige Maßnahmen erfolgen: die Abschaffung der Grundlohnsummenbindung, die Beschleunigung von Schiedsverfahren sowie mehr Autonomie für Heilmittelerbringer. Der IFK hat bereits an der Verbände-Anhörung zum HHVG teilgenommen und ist zudem mit zahlreichen maßgeblichen Entscheidungsträgern im Gespräch, um die notwendigen Änderungsmaßnahmen für die Physiotherapie an die Politik heranzutragen.